



Die Eiche

So wie die Eiche fußt in deutschem Grund,
So einig, stark und mächtig unser Bund.

Organ

Erscheint wöchentlich ein Mal
Freitags.
Anzeigen die viergespaltene
Reihe 20 Pf.
Abonnement nach Uebereinkunft.
Arbeitsvermittlung frei.

Abonnement vierteljährlich
75 Pf., bei jedem Postamt und in
der Expedition.
Postzeitungspreisliste Nr. 2174.
Redaktion und Expedition:
Berlin O.,
Münchenerstr. 15.

des Gewerkevereins der Deutschen Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen (Hirsch-Dumcker).

Nr. 47.

Berlin, den 25. November 1898.

IX. Jahrgang.

Die Korrespondenz für Redaktion und Expedition ist an H. Bahlke, Berlin O., Münchener-Strasse 15, Geldsendungen an F. Liebau, Berlin O., Münchener-Strasse 15 zu adressieren.

Organisation der Arbeit.

Eine Aeußerung des offiziellen Organs der konservativen Parteien, der „Konservativen Korrespondenz“, ist bisher in der Tagespresse äußerst wenig Beachtung geschenkt worden, obgleich sie der abfälligen Beurtheilung der Gewerkschaftsbewegung die Worte zufügte: „Unseres Erachtens ist jetzt die geeignetste Zeit, eine allgemeine planmäßige Berufsorganisation — eine Organisation der Arbeit — in Angriff zu nehmen.“ Ein amtliches Blatt der königlich sächsischen Staatsregierung, das „Dresdener Journal“ (No. 261 v. 10. Nov.) pflichtet dieser Forderung vollkommen bei und meint, im Interesse der Arbeiter liege die Bildung gemeinsamer Berufsorganisationen auf einer dem Frieden dienenden Grundlage; freilich sei auch nicht zu verkennen, daß dies auch im Interesse der Arbeitgeber und der Gesamtheit liege. Aus der nationalliberalen Partei hatte bereits in letzter Reichstagsession Abg. Frhr. v. Seyl am 9. März d. J. bei Berathung der Anträge Schneider und Lieber über die eingetragenen Berufsvereine den gleichen Gedanken vertreten mit den Worten: „Wir meinen, daß obligatorische Berufsvereine durch die Gesetzgebung begründet werden müssen, in welchen Arbeitgeber und Arbeiter gemeinschaftlich vereinigt den Zwecken des Friedens in der industriellen Arbeit dienlich gemacht werden sollen.“ Einflußreiche Angehörige der Zentrums-Partei haben unlängst auf einer Versammlung in Straßburg einen bis ins Einzelne ausgeführten Plan einer solchen Organisation in Arbeitskammern vorgelegt und befürwortet. Sie griffen damit, freilich in stark modifizirter (abgeänderter) Form, auf einen Antrag zurück, den die Sozialdemokraten schon früher im Reichstage eingebracht hatten, und der ebenfalls die gemeinsame Organisation von Arbeitgebern und Arbeitern durch Gesetz im ganzen Reiche forderte.

Es spricht somit eine sehr große Wahrscheinlichkeit dafür, daß derartige Pläne im nächsten Reichstag in den Vordergrund der Erwägungen treten, und zwar um so mehr, als ohnehin die Frage der Berufsvereine wieder zur Aufrollung gelangen wird. Seit 1891 hat der Reichstag wiederholt, zuletzt 1898 in Resolutionen, sich mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, daß die dem Koalitionsrecht noch entgegenstehenden Beschränkungen beseitigt werden, daß insbesondere nach § 152 der Gewerbeordnung auch Verabredungen und Vereinbarungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen auch dann erlaubt sind, wenn sie sich darauf richten, entsprechende Aenderung der Gesetzgebung und Staatsverwaltung herbeizuführen, daß ferner die Berufsvereine mit einander in Verbindung treten dürfen, daß den Berufsvereinen die Rechtsfähigkeit verliehen wird. Hierauf hat die Regierung bisher entweder gar keine oder eine ablehnende Antwort gegeben. Statt dessen ist die Lex Deynhausen zu erwarten, die sich ihrem ausgesprochenen Zweck nach zwar nur gegen Ausschreitungen und Mißbräuche des Koalitionsrechtes wenden soll, von der aber sehr weite Kreise thatsächlich eine Einschränkung dieses Grundrechtes der Arbeit befürchten. Sollten in dem Entwurfe jene Ausschreitungen und Mißbräuche nur auf Seiten der Arbeiter gesucht und geahndet werden, so ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß aus dem Reichstag die unerläßliche Korrektur (Verbesserung) beantragt wird, daß auch Unternehmer und Arbeitgeber,

die ihr eigenes Koalitionsrecht mißbrauchen und die Arbeiter in der rechtmäßigen Ausübung ihres Koalitionsrechtes hindern, der Strafe verfallen. „Die Arbeiter müssen, ebenso wie gegen ihre Genossen, auch geschützt werden gegen Bedrohungen, gegen Verurtheilungen und Einschüchterungen, die die Unternehmer gegen Arbeiter ausüben, um sie zu nöthigen, dem Streit fernzubleiben oder den Streit zu verlassen.“ (Worte des Prof. Dr. Böhmig auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik, Ende September 1897 in Köln).

Soll eine Organisation der Arbeit, die Bildung einer gemeinsamen Berufsorganisation der Arbeitgeber und der Arbeiter mit Erfolg für den gewerblichen Frieden, mit Nutzen für die beiden Parteien und zum Wohle der Gesamtheit zu Stande kommen und arbeiten, so sind unseres Erachtens dafür zwei Voraussetzungen unentbehrlich. Zum Ersten halten wir eine solche gemeinsame Organisation nur dann für ausführbar, wenn sie auf den starken Pfeilern der Sonderorganisationen der Unternehmer und der Arbeiter ruht. Die Koalitionsfreiheit der Arbeitgeber ist schon jetzt unbeschränkt; keinerlei gesetzliche Vorschrift hindert sie, zahlreiche gesetzliche Bestimmungen ordnen ihre berufsvereinsliche Korporation an: Handelskammern, Gewerbekammern, Innungen, Landwirtschaftskammern, Berufsgenossenschaften, Kartelle, Ringe, Syndikate, Arbeitgeberverbände, Aktiengesellschaften zc. sind Zeugen dafür. Das Koalitionsrecht der Arbeiter ist rechtlich auf ganz bestimmte Gebiete und Zwecke beschränkt, seine Ausübung wird überdies durch Rechtsprechung und Verwaltung noch mit den verschiedenartigsten Auslegungen und Eingriffen ganz erheblich behindert. Hier ist also freie Bahn durch Gesetz in dem vom Reichstag mehrfach befürworteten Sinne zu schaffen. Das erfordern Recht und Billigkeit!

Und dies führt zu unserer zweiten Forderung: Gleiches Maß und Gewicht für Unternehmer und für Arbeiter vor allen Instanzen und freier Blick für die Entwicklung der Dinge! Die Politik der Nadelstiche und der Krähwinkelerei, die jetzt vielfach in Deutschland, namentlich in Preußen und Sachsen im inneren Regiment gelbt wird, verräth wahrlich nichts von dem „Seherblick“, den Carlyle den Deutschen zugeschrieben hat, „da sie nicht oft dadurch irre gehen, daß sie veräußerten, weit genug vorwärts zu blicken.“ Im Gegentheil dieses Regime ist in Engherzigkeit und Kurzsichtigkeit befangen. Mit einer Politik der Ausweisungen, Polizeiverbote, Majestätsbeleidigungsprozesse, Schmälerung der Selbstverwaltung, Schieß- und Hieb-erlasse erreicht man nur, daß sich die allgemeinen Sympathien den Betroffenen zuwenden. Da diese Politik gerade jetzt einsetzt, wo in der sozialdemokratischen Bewegung eine mächtige Strömung ihr Bett immer breiter und tiefer gräbt und auf „eine Neuprüfung, eine Revision“ der Begriffe, auf eine Gegenwarts- und Wirklichkeitspolitik hindrängt, so muß man annehmen, daß entweder an maßgebender Stelle hierfür jedes Verständniß fehlt oder daß „Angstmeier und Gewaltpolitiker“, um ein gelegentliches Wort der „Köln. Stg.“ zu gebrauchen, im einseitigsten Unternehmerinteresse Einflüsse ausüben, die einer friedlichen und gedeihlichen Entwicklung geradezu entgegenwirken.

Diese aber wird gefördert durch eine eheliche und starke Sozialreform, wie sie in den Kaisererlassen vom 17. November 1881 und namentlich vom 4. Februar 1890 proklamirt worden ist. Der Staat hat keine wichtigere

Pflicht als die, unausgesetzt an der Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse, in der die verjüngende Kraft des Volkes liegt, soweit die Mittel dazu irgend reichen, zu arbeiten", sagt der frühere Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Bödiker in einer kürzlich erschienenen Schrift. Nun werden ja verschiedene sozialpolitische Gesetzentwürfe für die nächste Reichstagsession angekündigt.

Aber selbst wenn diese Vorlagen sämtlich im Geiste einer ernsthaften Sozialreform gehalten sind, werden ihre ethischen Wirkungen auf die Arbeitermassen verschwindend bleiben, so schreibt die „Soz. Praxis“, wenn nicht zugleich die Thatsachen der Ueberzeugung den breitesten Boden verschaffen, daß die Regierung in allen ihren Zweigen und Gliedern der Arbeiterbewegung als solcher mit Gerechtigkeit und Einsicht gegenüber steht und sich nicht von den Unternehmerinteressen allein leiten läßt. Dem einseitigen Unternehmerstandpunkt ist sogar die revolutionäre Sozialdemokratie lieber als eine starke Gewerkebewegung. Gegen die erstere schützt der Staat mit seiner Macht, gegen die anderen muß er sich selbst wehren. Aber das Interesse der Gesamtheit liegt auf dem Wege der friedlichen Entwicklung, und diesen zu gehen wird die gemeinsame Berufsorganisation der Arbeit nur dann im Stande sein, wenn sie von vornherein auf den Grundsätzen der Gleichberechtigung und der Freiheit aufgebaut wird.

Rundschau.

Schon die Kandidatur des Anwalts der deutschen Gewerkevereine Dr. Max Hirsch zum preussischen Landtage war nicht nach dem Geschmack der Konservativen, ja sogar einzelner Freisinniger, so daß die nunmehr erfolgte Wahl des Dr. Hirsch im ersten Berliner Wahlkreis zum Landtagsabgeordneten in Preußen die Antisemiten nun aber vollends kopflos gemacht hat, weil — nun weil Dr. Hirsch Mitglied einer den Antisemiten nicht genehmen Religionsgemeinschaft ist. Die antisemitischen Angriffe werden Herrn Dr. Max Hirsch, so lesen wir im „Regulator“, wohl wenig Beschwerden verursachen, auch wir hätten sie kaum der Erwähnung für werth gehalten, wenn nicht das Berliner Antisemiten Organ der Herren Ahlwardt und Genossen zugleich die deutschen Gewerkevereine und ihre Mitglieder in den Kreis seiner Erörterungen gezogen hätte. Die „Staatsbürger-Zeitung“, eben jenes Organ, das vorn auf die Juden schimpft und hinten „Judenannoncen“ aufnimmt, schreibt: „Wenn die Gewerkevereine heute noch zu einem kleinen Theile freisinnig wählen, so geschieht das aus Anhänglichkeit an ihn (Dr. Hirsch). Der weitaus größte Theil jedoch stimmt bei Wahlen sozialdemokratisch; diese Gewerkevereinsmitglieder bleiben nur in der Organisation der Paffen wegen, im übrigen sind sie Herrn Hirsch nur deshalb dankbar, weil er ihnen den Weg zur Sozialdemokratie gezeigt hat. Daß die Gewerkevereine freisinniger Couleur eines schönen Tages mit Haut und Haaren von der Sozialdemokratie verschlungen werden, daran zweifelt niemand mehr, der die Verhältnisse kennt. In den meisten Fällen sind die Gewerkevereine, auf die sich Herr Hirsch ungeheuer viel zu gute thut, nur „Durchgangsstation“. Nachdem sich die Arbeiter von den Phrasen, die dort verzapft werden, vollgezogen haben, marschieren sie zur Sozialdemokratie, die das, was Herr Hirsch und sein Stab lehrt, in Thaten umsetzt. Das revolutionäre Element kommt bei Hirsch eben in ganz absonderlicher Weise zur Geltung, er arbeitet Herrn Singer, mit dem er nebenbei auch befreundet ist, in die Hände.“

Zur Erheiterung unserer Leser haben wir den auf die Gewerkevereine bezüglichen Theil des antisemitischen Geschreibsels wörtlich wiedergegeben. Der ganze Haß der rücksichtslichen, kulturfeindlichen Richtung gegen die unaufhaltbar vorwärts strebenden Gewerkevereine und ihre dem Volks- und Arbeiterwohl dienenden freisinnlichen Bestrebungen kommt in den Sätzen der „Staatsbürger-Zeitung“ zum Durchbruch. Dem gewerkevereinsfeindlichen Organ der Antisemiten geben wir aber folgendes zur Belehrung mit auf den Weg, ohne Rücksicht darauf, daß gewisse Köpfe für jede Belehrung unzugänglich sind. Also aufgepaßt, weise Staatsbürger-Zeitung! Einmal bekümmern sich die Gewerkevereine überhaupt nicht darum, wie ihre Mitglieder bei den Wahlen stimmen, zweitens stimmen die freisinnigen Mitglieder der Gewerkevereine nicht aus Anhänglichkeit an Dr. Hirsch freisinnig, sondern weil es so ihrer politischen Ueberzeugung entspricht. Ob Herr Dr. Hirsch mit Herrn Singer befreundet ist, wissen wir nicht, das geht uns auch nichts an, jedenfalls aber würden wir die Singer'sche Freundschaft der Herren Ahlwardt, Bachler und Consorten entschieden vorziehen. Ob Gewerkevereinsmitglieder sozialdemokratisch gewählt haben, weiß die Staatsbürger-Zeitung nicht, ihr Geschreibsel stellt daher nur eine Fäselei vor. Die Reichstagswahl ist ja zum Glück immer noch eine geheime Wahl, was allerdings gewissen Leuten seit langem ein Dorn im Auge ist. Auf alle Fälle aber verstehen wir und billigen es vollkommen, wenn Gewerkevereinsmitglieder bei der Wahl zwischen einem Konservativen, Agrarier oder Antisemiten und einem anständigen Sozialdemokraten dem letzteren ihre Stimme geben. Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Mehger selber! Ein Arbeiter wird nicht so thöricht sein, einem Brod- und Nahrungsmittelverkäufer seine Stimme zu geben. Weil so die Mitglieder der Gewerkevereine denken und handeln, deshalb der Haß der Antisemiten, auf den die Gewerkevereine stolz sind.

Der Ausstand der Möbeltischler in Schottland.

Unser englischer Korrespondent schreibt: Ich habe früher schon mehrfach den Ausstand der Möbeltischler in Schottland erwähnt und werde durch einen Brief des Sekretärs der schottischen Möbeltischler wieder an diesen Ausstand erinnert. Der Streit, oder besser gesagt der Ausschluß, begann am 31. März des Jahres und dauert heute noch an, einen Beweis dafür liefernd, daß die vielerwähnte schottische Zähigkeit, kein leerer Wahn ist. Die durch den Ausschluß schwer getroffene Union ist der „Gewerkeverein der vereinigten Möbel-

tischler“. Bei Beginn des Streiks waren 2000 Mitglieder der Union arbeitslos, heute ist deren Zahl dadurch, daß ein Theil anderwärts Arbeit gefunden hat, auf 1000 gesunken. Die Forderungen der Unternehmer gingen darauf hinaus, der Trade-Union jeglichen Einfluß auf die Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder zu entziehen und an Stelle der Verhandlungen mit Vertretern des Gewerkevereins, die mit den einzelnen Arbeitern treten zu lassen. Es liegt auf der Hand, daß für den Arbeiter der Werth des Gewerkevereins stark vermindert wird, falls er gezwungen ist, seine Sache vor dem Unternehmer selbst zu führen. Andere Forderungen waren weniger bedrohlich, so kann ich zum Beispiel in der Forderung, daß die Trade-Unionisten keinen Vorzug vor anderen Arbeitern genießen sollen, kein ungebührliches Verlangen entdecken. Natürlich finden auch die ausgeschlossenen gegen eine derartige Forderung nichts einzuwenden, denn der englische Trade-Unionist hat niemals verlangt, daß man ihn bevorzugen sollte, trotzdem aber dies durch bessere Leistungen erreicht. Das wird auch wohl immer so bleiben. Wenn nun die Möbeltischler eine solche Forderung, welche, ganz selbstverständlich garnicht erst proklamirt zu werden brauchte, da man niemals das Gegentheil verlangt hat, doch unter andere unannehmbare Bedingungen mischen, so thun sie das, um sich in den Augen des Publikums ins Recht zu setzen. Fein ist solcher Schachzug gerade nicht, er erfüllt aber bei dem großen Publikum seinen Zweck. — Die Herren haben aber auch sonst alle Mittel angewendet, um die Trade-Unionisten zum Austritt aus den verhassten Gewerkevereinen zu veranlassen. — Sie haben sich hinter die Hausherren gesteckt, die den Arbeitslosen kündigen mußten, falls diese sich nicht verpflichteten, aus den Unions auszutreten. Man hat mit Mietserhöhung gedroht für den Fall, daß die kämpfenden Trade-Unionisten bleiben sollten. Trotz dieses Eingriffs in die Rechte des freien Mannes bleiben natürlich die Bedrohler unbestraft, während man die „Piktets“ der Arbeiter, welche Streikbrecher an der Arbeit verhindern wollten mit empfindlichen Geldstrafen belegte, welche abgelesen werden mußten, weil sie (absichtlich?) so hoch gemacht waren (bis zu 200 Mark pro Kopf), daß die Arbeiter die Summe nicht erschwingen konnten. (Wir sehen daraus, daß England, wenn auch kein Zuchtgesetz, so doch jedenfalls ein Gesetz besitzt, daß bei schneidender Schärfe für die Arbeiter, dem Unternehmer gegenüber vollkommen unbrauchbar und stumpf ist.) Die Möbeltischler blieben aber tapfer, trotzdem zeitweilig 60 % ihrer Mitglieder auf Streikunterstützung angewiesen waren und trotzdem die Hilfgelder von den andern Unions — mit Ausnahme von der immer hilfsbereiten großen Union der „carpentors and joiners“ (Zimmerleute und Tischler) — sehr kärglich einliefen und heute noch kärglich einlaufen. Die Unternehmer ihrerseits erhalten reichliche Unterstützung von den verschiedenen Unternehmerverbänden, vor allen Dingen von dem Verband der Maschinenbauunternehmer, von dem gleich zu Beginn des Möbeltischlerkampfes behauptet wurde, daß er die schottischen Unternehmer zu dem Kampfe angereizt hätte. Ein Ende des Kampfes ist noch nicht abzusehen, doch kann man jetzt bereits manche Lehren daraus ziehen. Die schottische Union der Möbeltischler hat sich, ebenso wie die Londoner Vereine der gleichen Branche, nicht dem großen Verbands der carpentors und joiners angeschlossen, sonst wären sie sicherlich vor dem augenblicklich tobenden Kampfe sicher gewesen. Die kleineren Vereine scheinen aber nur schwer zu lernen, daß die Einigkeit stark macht. Im Ganzen fehlt den englischen Trade-Unionisten heute zwar nicht mehr das Bewußtsein dafür, daß eine Einigung aller Trade-Unions Existenzbedingung ist, aber es fehlt offenbar an einem Führer, der diese Einigung durchzuführen könnte. Die Unternehmer sind geeint und eine fürchterliche Macht. Sie werden die Möbeltischler in Schottland auf die Knie zwingen und dann zu weiteren Angriffen auf andere Unions übergehen, wenn nicht bald der gesammte Trade-Unionismus für die Bedrohten eintritt. An dem stärksten Verbands, an den Maschinenbauern, hatten die Unternehmer ihre Kraft versucht und gefunden, daß sie solchen Verein zwar verwunden, aber nicht vernichten können. Jetzt beginnen sie ihre Angriffe auf die Kleinen, um nach deren Vernichtung leichteres Spiel mit den Großen zu haben. Aussicht auf Sieg ist für die kleinen Gewerkevereine nicht vorhanden, das weiß jeder, der die Macht der vereinigten Unternehmer kennt. Rettung bietet nur ein allgemeiner Trade-Union-Verband und daß dieser zu Stande kommt, läßt sich leider nur hoffen.

Aus den Ortsvereinen.

Elberfeld. Der Ortsverein der Tischler und verwandten Berufsgenossen hier selbst (Hirsch-Dunker) feierte am Sonntag, den 6. November im Lokale des Herrn Eck, Breitestr., sein 4. Stiftungsfest, das von Mitgliedern mit ihren Angehörigen, wie auch vielen Gästen, unter welcher letzteren auch der Gewerbeschuldirektor Herr Meier unserer Einladung freundlichst entsprochen hatte, gut besucht war. Nur einer größeren Theilnahme seitens unserer Verbandsgenossen hätten wir uns gern erfreut. Nach einigen einleitenden Konzertsätzen begrüßte der Vorsitzende, Genosse Knoll, die Anwesenden, in herzlichen Worten alle willkommen heißend, wonach Herr Redakteur Schöbler das Wort zur Festrede nahm. Der Redner betonte Eingang seiner Ausführungen, daß es ihm zu großer Freude gereiche, in der Mitte der Gewerkevereine weilen zu können. Er sei ja den Gewerkevereinen kein Fremdling mehr, bereits seit vielen Jahren habe er mitten in der Organisation gestanden und manchen Strauß ausfechten helfen. Die gegenwärtige Zeit sei allerdings der Entwicklung der Gewerkevereine wenig günstig. Im striktesten Gegensatz zu der Grundlage, auf der die Organisation der Gewerkevereine aufgebaut sei, der Selbsthilfe, mache sich eine Bestrebung breit, die sich bemühe, das sittliche Können zu verneinen und alles von der behördlichen Bemutterung abhängig machen wolle. Bei solchen Erscheinungen sei es naturgemäß, daß der Entwicklung der Gewerkevereine Schranken gezogen seien. Man lebe heute in einer Zeit des demokratischen

Gleichheitsprinzips, was seinen Ausdruck finde in der Gleichheit der Person vor dem Gesetz, in der allgemeinen Steuerpflicht, der allgemeinen Wehrpflicht und in dem gleichen Wahlrecht. Hiernach müßte es eigentlich ein Leichtes sein, daß auch im bürgerlichen und sozialen Leben die Gleichberechtigung aller Gesellschaftsklassen anerkannt werde. Aber die reaktionären Zeitläufe hätten dieses verhindert. Das Bedauerlichste aber sei, daß sich innerhalb der Arbeiterwelt selbst zwei große Heerlager diametral gegenüberständen und sich gegenseitig bekämpften. Jene Richtung, die da glaube, durch rücksichtslose Durchführung der Staatsgewalt den Himmel auf Erden schaffen zu können, verkenne die Thatsache, daß ohne Freiheit in der Entfaltung der Kräfte weder ein Fortschritt noch eine Existenz überhaupt möglich sei. Es sei dabei aber ein feststehendes Gesetz, das jede in der Natur sich äußernde elementare Kraft verheerend wirke, wenn ihr nicht an einer bestimmten Stelle ein Damm, ein „Bis hierher und nicht weiter“ entgegengerufen werde. Jede Kraft könne nur dann segensreich wirken, wenn sie ein Kompromiß mit anderen Kräften schließe. So auch das Kapital, das vermöge der in ihm schlummernden, auf Erhaltung und Vermehrung gerichteten Kräfte notwendig zur rücksichtslosen Unterdrückung der Arbeiter gelangen müsse, wenn ihm nicht ein Gegengewicht entgegengehalten werde. Dieses Gegengewicht aber heiße Arbeiterorganisation. Man bestreite heute leider noch vielfach das Recht der Arbeiterbewegung und halte fest an jenem Gedanken, daß jenes patriarchalische Verhältnis, in welchem der Arbeitgeber der Vormund der Arbeitnehmer war, und der letztere in der Stelle des Knechtes und Dieners sich befand, das bessere und zweckmäßigere sei. Neue Kreise sagen, daß es dem Arbeiter an der nötigen Einsicht fehle, zu beurtheilen, was zu seinem Besten diene. Aber wie falsch sei dies! Wenn jedoch der Arbeiterbewegung aus vielen Kreisen der Bürgerschaft heute eine so große Feindseligkeit entgegengebracht werde, so trage wesentlich auch Schuld daran der falsche Standpunkt der Sozialdemokratie, die glaube, alle dem Arbeiter dienenden Mittel in Erbpacht genommen zu haben. Der Redner ging dann noch näher auf die Ziele der Sozialdemokratie ein und sich dann besonders noch gegen die Beschränkung des Koalitionsrechtes wendend. Zum Schluß seiner Ausführungen beglückwünschte Herr Schöler den Ortsverein zu seinem Geburtsfeste und gab der Hoffnung Ausdruck, daß bald alle bürgerlichen Parteien den Gewerksvereinen ihre Unterstützung leihen möchten. Lebhafter Beifall lohnte den Ausführungen des Festredner. Ein von unserem treuen, bisher in Elberfeld, jetzt in Berlin schaffenden Genossen Herrmann eingegangenes Telegramm, zu dem heutigen Feste Glück und ferneren Erfolg wünschend, bereitete den Mitgliedern wie allen Festtheilnehmern große Freude. Ein solennes Länzchen beschloß die in allen Theilen durchaus gelungene Feier. Allen Theilnehmern, insbesondere aber unserem verehrten Festredner, denen der Verlauf des Festes wohl in steter Erinnerung bleiben dürfte, sei noch an dieser Stelle der herzlichste Dank gesagt. Unsere Hoffnung aber sei, daß diese Feier auch zur weiteren Agitation für unseren Gewerksverein beigetragen haben möge. (Nach den Elberfelder Neuesten Nachrichten.)

Danzig. Der Ortsverein der Tischler und verwandten Berufsgenossen begeht die Feier seines dreißigjährigen Bestehens am Sonnabend, den 26. November Abends 8 Uhr in den Sälen des „Casé Behr“, Olivaerthor 8, durch Prolog, Festrede, Theateraufführungen, zum Schluß Tanz. Es werden die Mitglieder ersucht, sich recht zahlreich zu betheiligen. Eintrittskarten sind bei sämtlichen Ausschußmitgliedern zu haben. Die nächsten Brudervereine werden freundlichst hierzu eingeladen. G. Hollasch, Sekretär.

Berlin. Der Königsstädtische Ortsverein der Tischler und verwandten Berufsgenossen besucht am Sonntag, den 27. November, Vorm. von 11 bis 2 Uhr, das Museum für Volkstrachten, Kloster- und Sieberstr.-Ecke. Der Eintrittspreis ist deswegen für uns an diesem Tage von 50 auf 25 Pf. herabgesetzt. Wir laden daher die Mitglieder unserer Brudervereine Berlins und Umgegend mit ihren Damen (Kinder sind ausgeschlossen) zur Theilnahme freundlichst ein. G. Sperting, Sekretär.

Briefkasten.

J. B. in Rathenow. Einen schönen matten Glanz auf schwarze Möbel und ähnliche Sachen erhält man, wenn die Gegenstände zunächst gut abgeputzt, mit Parafinöl gut geschliffen, und nächstdem mit Microfin oder Neutralschwarz gut polirt sind. Nachdem die Politur trocken geworden, fröhlichstens am nächsten Tage, pudert man aus einem leinenen Beutel fein geschlemmten Bimstein darauf und bürstet mit einer sogenannten Mattbürste ab, wonach der schönste Mattglanz entsteht. — **H. Sch. in Striegau.** Diejenigen Betriebe der Tischlerei, in welchen weniger wie zehn Gesellen nur mit Möbeldarbeiten ohne Dampf- oder ähnlicher Kraft beschäftigt werden, fallen nach den Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes nicht unter die unfallversicherungspflichtigen Betriebe, hingegen sind die in Bautischlereien (Schreinereien) und ähnlichen Betrieben beschäftigten versicherungspflichtig. Diejenigen, von der Unfallversicherung die Vollrente für gänzliche Erwerbsunfähigkeit bezehenden, Personen unterliegen, da sie nicht mehr beschäftigt sind, auch nicht mehr dem Alters- und Invalidenversicherungsgezet; die eingezahlten Beiträge werden nicht zurückgezahlt. — **A. B. in Quedlinburg, F. S. in Düsseldorf.** Auszugsweise in nächster Nummer.

169. Bureauaufzng.

Verhandelt Berlin, den 21. November 1898, Vormittags 10 Uhr.

1. Saupheim. Dem Mitgliede Buch Nr. 5767 David Jauß ist gegen ordnungsmäßige Quittung 25 Mark 45 Pf. Uebersiedelungsbeihilfe

für die Entfernung Saupheim-Neckarsulm = 130 Kilometer zu zahlen, und zwar an Reiseunterstützung des Mitgliedes 8,25, der beiden Kinder 5,20 und für Uebersiedelungsbeihilfe für die Wirthschaft 17,— Mark. Dem Mitgliede Buch Nr. 16053 Albert Jauß kann Reiseunterstützung nicht gewährt werden, weil derselbe noch nicht ein Jahr Mitglied ist.

2. Elbing. Dem Mitgliede Buch Nr. 9095 W. Staffel ist gegen ordnungsmäßige Quittung 17 Mark 3 Pf. Uebersiedelungsbeihilfe für die Entfernung Danzig-Elbing = 79 Kilometer zu zahlen, und zwar an Reiseunterstützung des Mitgliedes 1,97, der Frau 1,58, des Kindes 1,58 und Uebersiedelungsbeihilfe für die Wirthschaft 11,— Mark. Zu der abgelehnten Rechtschuhsache des Mitgliedes Buch Nr. 7437 C. Berliner dürfen Kassengelder nicht verwendet werden; es muß dem Ausschuß überlassen bleiben, diese Sache aus Privatmitteln zu begleichen.

3. In den Verwaltungsstellen Breslau II, Thorn und Königsberg i. Pr. haben behördliche Bücher- und Rassenrevisionen stattgefunden, welche zu Einwänden keinen Anlaß geboten haben.

4. Festenberg. In der Rechtschuhsache des Mitgliedes G. Eisner sind die Rechtsanwaltsgebühren mit 14 Mark 75 Pf. aus der Ortsvereinskasse zu bezahlen; die außerdem mit in Rechnung gestellten 2 Mark 70 Pf. Gerichtskosten hat das Mitglied aus Privatmitteln zu begleichen.

5. Leipzig. Dem Mitgliede Buch Nr. 6912 H. Weiß ist gegen ordnungsmäßige Quittung 11 Mark 82 Pf. Uebersiedelungsbeihilfe für die Entfernung Halle-Leipzig = 28 Kilometer zu zahlen; und zwar an Reiseunterstützung des Mitgliedes 0,70, der Kinder 0,56 und Uebersiedelungsbeihilfe für die Wirthschaft 10,— Mark.

6. Die aus Ortsverein Leipzig-Bindenau und Karlsruhe eingeschickten Hülfsgeldgesuche werden dem Generalrath überwiesen.

7. Spandau. Dem Mitgliede Buch Nr. 1599 G. Kaminsky ist gegen ordnungsmäßige Quittung 10 Mark 66 Pf. Uebersiedelungsbeihilfe für die Entfernung Berlin-Spandau = 12 Kilometer zu zahlen; und zwar an Reiseunterstützung des Mitgliedes 0,30, der Frau 0,24, des Kindes 0,12 und Uebersiedelungsbeihilfe für die Wirthschaft 10,— Mark.

8. Lauenburg. Das Mitglied Buch Nr. 13423 Hinz ist in Lauenburg weiter zu führen; die zu zahlende Reiseunterstützung wird, nachdem Bericht über die Tour eingeschickt worden, angewiesen werden.

9. Düsseldorf. Die Zuschrift des dortigen Ortsverbandes wird dem Generalrath überwiesen.

10. Zeitz (Wagenbauer). Die hergeschickten Rechtsanwalts-Liquidationen in der Prozeßsache des Mitgliedes Kutschbach c/a. Kunsch werden, vorbehaltlich der etwa darin mitenthaltenen Gerichtskosten, welche das Mitglied aus eigenen Mitteln bezahlen mußte, zur Zahlung aus der Ortsvereinskasse angewiesen.

11. Von den Schreiben aus Ortsverein Ansbach (Büttner), Berlin (West) Pasing, Thorn und Stahfurt, die den Ortsvereinen zugeschickte Denkschrift betreffend, wird Kenntniß genommen.

12. Halle a. S. Die Frage, die Legitimationen für Rechtschutz betreffend, wird brieflich beantwortet werden.

13. Berlin (Ost). Die Rechtschuhsache des Mitgliedes Terchel wird dem Generalrath überwiesen.

14. Halberstadt. Die Angelegenheit des Mitgliedes Köppel wegen Arbeitslosigkeitunterstützung ist erst dem Ausschusse zu unterbreiten und über dessen Beschluß dann Bericht einzuschicken.

15. Thorn. Dem Mitgliede Buch Nr. 14838 Franzlau ist für diese Krankheit kein Krankengeld, auf Grund der berichteten Thatsachen, mehr zu zahlen, ferner ist derselbe im Namen des Vorstandes in eine Ordnungsstrafe von 10 Mark genommen, welche derselbe in der statutarisch vorgeschriebenen Frist an den dortigen Kassirer zu zahlen hat.

16. Graudenz. Die Uebersiedelungsbeihilfe für das Mitglied Buch Nr. 4939 G. Kleinschmidt kann nicht eher festgestellt und zur Zahlung angewiesen werden als bis darüber genauer Bericht vorliegt, an welcher Eisenbahnstation die angegebene Station Rinarschowo liegt. Dem Mitgliede Buch Nr. 8171 S. Wessalowski wird der beantragte Rechtschutz bewilligt.

17. Nürnberg (Tischler). Zu der Prozeßsache des Mitgliedes G. Eggmann wird auf Grund der eingeschickten Papiere nochmals ein Gutachten des hiesigen Rechtsanwalts eingefordert werden.

18. Von einer Zuschrift des Rechtsanwalts Herrn Sonnenfeld wird Kenntniß genommen.

19. Nürnberg. Eine eingeschickte Liquidation des dortigen Ausbreitungsverbandes wird abgelehnt, weil Auftrag zur Ausführung der betreffenden Reisen von hier demselben nicht erteilt worden ist.

20. Wittenberge. Die dortige Behörde hat nur das Recht bei dem Kassirer der dortigen Verwaltungsstelle eine Bücher- und Rassenrevision vorzunehmen.

21. Pieschen. Die dem Mitgliede Buch Nr. 10293 Händel II zustehende Reiseunterstützung wird festgestellt und brieflich mitgetheilt werden.

22. Dresden. Ehe dem Antrage entsprochen werden kann ist ein genauer Thätigkeitsbericht über den dortigen Arbeitsnachweis einzuschicken.

23. Böhlen. Auf die per Karte gemachte Mittheilung in Betreff des Mitgliedes Henklein kann nicht eingegangen werden, weil dieselbe keine Namensunterschrift trägt.

24. Pieschen. Der Sekretär Hammer hat seine Beschwerden der Ortsvereinsversammlung zu unterbreiten.

25. Schömar. Zu der mitgetheilten Sache kann sachlicher Rath bei einem dortigen Rechtsanwalt eingeholt werden, worauf dann Bericht nach hier über diese Angelegenheit einzuschicken ist.

26. Arbeitslosigkeitunterstützung ist zu zahlen: dem Mitgliede Buch Nr. 4159 Adamzik-Bredow vom 22. 11. (Beitragabst. 48 W.) — 9280 Bagel-Bredow 22. 11. (Beitragabst. 48 W.) — 10835 Müller-Stettin

(Grabow) 22. 11. (Beitragabst. 48 W.) — 9750 Wolter-Berlin (Erster)
 21. 11. (Beitragabst. 48 W.) — 12680 Haase-Breslau (Tischler) 21.
 11. (Beitragabst. 48 W.) Der Antrag des Mitgliedes 4394, Nitzge-Nitzdorf
 ist zurückgezogen.

Schluß der Sitzung 3 Uhr Nachmittag.

Das Bureau.
M. Bahlke, **F. Liebau**, **G. L. Wulff**,
 Vorsitzender. Schatzmeister. Generalsekretär.

Bekanntmachung.

Die geehrten Ausschüsse sämtlicher Ortsvereine werden hierdurch auf-
 gefordert, die laut § 11 des Gewerkevereinsstatuts vorgeschriebene und im
 § 19 und folgenden der Geschäftsordnung erläuterte, im Dezember jeden
 Jahres vorzunehmende Ausschlußwahl vorzubereiten und dieselbe rechtzeitig
 durch die Ortsvereins-Versammlung vornehmen zu lassen.

Für diejenigen Ortsvereine, für welche eine Verwaltungsstelle der Zu-
 schußklasse errichtet ist, deren Verwaltung gleichfalls alljährlich im Dezember
 laut § 17 des Zuschußklassenstatuts durch die Mitglieder-Versammlung gewählt
 werden muß, schreibt der § 19 der Geschäftsordnung vor, daß der für den
 Ortsverein gewählte Ausschuß „gleichzeitig die Verwaltung der Verwaltungs-
 stelle der Zuschuß-Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse bildet“; dem-
 zufolge ist diese Wahl im Anschluß an die Ortsvereins-Versammlung, in
 welcher der Ausschuß gewählt worden ist, in einer Mitglieder-Versammlung
 der Verwaltungsstelle, unter Berücksichtigung obiger Bestimmung, vorzunehmen.

Sofort nach den vollzogenen Wahlen sind die Namen der Gewählten nebst
 deren genauen Adressen auf dem der Nr. 46 der „Eiche“ bei-
 gelegten Formular zu verzeichnen und das vollständig ausgefertigte
 Formular dem Bureau des Gewerkevereins (Berlin O., Müncheberger-
 Straße 15, II) einzuschicken.

Die Wahlen müssen so frühzeitig erfolgt sein, daß dieses aus-
 gefertigte Formular **s o f o r t** nach der Wahl, spätestens jedoch
den 27. Dezember d. J. zu Händen des Bureaus ge-
 langt, damit das Adressverzeichnis rechtzeitig fertig gestellt
 werden und namentlich auch die wöchentliche Versendung der
 „Eiche“ ohne Unterbrechung an die richtige Adresse erfolgen kann.

Der Generalrat und Vorstand erwartet mit ganzer Bestimmtheit, daß
 die Mitglieder nur solchen Genossen die Vertrauensämter übertragen werden,
 die auch mit allem Ernste gewillt sind, ihres Amtes während ihrer Wahl-
 periode in thätiger und entsprechender Weise zu walten, damit Ergänzung-
 wahlen möglichst vermieden werden; ferner wird noch hinsichtlich der Wahl
 der Kassierer insbesondere auf den § 23 der Geschäftsordnung hingewiesen,
 mit dem Bemerkten, daß der Generalrat und der Vorstand ohne Unterschied
 nur solchen Genossen, welche die im § 23 der Geschäftsordnung vorgesehene
 Kaution hinterlegt haben, die Bestätigung erteilen kann und wird.

Laut § 19d des Gesetzes und § 21 Abs. 2 des Zuschußklassenstatuts
 ist die Verwaltung jeder Verwaltungsstelle verpflichtet, der Aufsichtsbehörde
 ihres Sitzes von jeder Veränderung in der Verwaltung Anzeige zu machen;
 demzufolge muß, sobald die Neuwahlen vom Vorstande be-
 stätigt sind, sofort, spätestens aber in drei Tagen, an die
 örtliche Aufsichtsbehörde der Stadt, Ort oder Bezirk eine besondere Meldung er-
 folgen, in welcher genau der Name, Stand und Wohnung nebst Amtsbezeichnung
 der Neugewählten angegeben sind; jedoch ist es nur erforderlich, den neue-
 wählten Vorsitzenden, Sekretär und Kassierer in diesem Schriftstück zu melden.

Für Berlin sind die Meldenden der dortigen örtlichen Verwaltungs-
 stelle mit der Adresse: „Königliches Polizei-Präsidium, II. Abth., Aufsichts-
 behörde der eingeschriebenen Hilfskassen, Zimmer 280“ zu versehen.

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die
 Unterlassung der Meldung an die Behörden strafbar ist, die
 Kasse kommt jedoch für die etwa verhängten Strafen nicht auf.

Für den Generalrat und Vorstand:

M. Bahlke, **F. Liebau**, **G. L. Wulff**,
 Vorsitzender. Schatzmeister. Generalsekretär.

Versammlungen.

November.

Allenstein. 27. Nachm. 6 Uhr, Vers. im „Hotel Kopernikus“. Beitrags. u. A.
Berlin (Erster). 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Adalbertstr. 21. Gesch., Berichte, Neu-
 wahl des Ausschusses und der Revisoren.
Berlin VI. (Pianosortearb.) 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Oranienstr. 183. Gesch.
Böhlen. 26. Abds. 8 Uhr, Vers. im Gasth. „Zum Löwen“. Gesch., Beitrags.
Brandenburg. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Schmidt, Kurstr. 51. Beitrags. u. A.
Chemnitz. 28. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in d. „Reichstrone“, Reichstr. 73. Versh.
Cüstrin. 27. Nachm. 4 Uhr, Vers. im „Schützenhause“. Gesch., Beitrags.
Danzig. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Vorstadt. Graben 9. Gesch., Versh.
Düsseldorf. 27. Vorm. 10 1/2 Uhr, Vers. b. Grabensee, Ost- und Steinstr.-Ecke.
Duisburg. 27. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Pelger, Friedr. Wilhelmpl. Versh.,
 Neuwahl des Ausschusses u. A.
Elberfeld. 26. Abds. 9 Uhr, Vers. Gesundheitsstr. 46. Gesch., Beitrags.
Ebing. 26. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gewerbehause“, Beitrags., Gesch.
Frankfurt. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im Rest. „Zur Harmonie“, Nichtstr. 30.

Görlitz (Tischl.). 30. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in der „Pilgerstänke“, Heilige
 Grabstr. Geschäftl., Berichte, Beitrags.

Graudenz. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Goldenen Anker“. Beitrags. u. A.
Halle. 56. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Stadt Magdeburg“, Martinstr. 10.
 Gesch., Rechnungslegung, Ausschlußwahl für 1899, Stiftungsfest.

Jena. 26. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Kaffeehause“. Gesch., Beitrags.

Kaiserslautern. 26. Abds. 9 Uhr, Vers. in d. „Brauerei Wender“. Beitrags.

Karlsruhe. 27. Vorm. 10 Uhr, Vers. i. Gasth. „Zum Nußbaum“, Adlerstr. Gesch.

Lauenburg. 27. Nachm. 3 Uhr, Vers. b. Mutzall. Gesch., Beitrags. u. A.

Lauterbach. 27. Nachm. 3 Uhr, Vers. im Gasth. „Zur Festung“. Beitrags. u. A.

L.-Lindenau. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Hönsch's Saalbau“ Lützenstr. 14.
 Gesch., Vortrag, Versh.

Lübeck. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Penning's Gasth.“, Marlesgrube 15. Gesch.

Mannheim. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Halben Mond“. Beitrags., Gesch.

Obernau. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Musik's Restaurant“ Beitrags. u. A.

Osterohe. 27. Nachm. 1 1/2 Uhr, Vers. im „Kaisersaal“, Beitrags., Besprechung
 wichtiger Vereinsang. Vollzähliges Erscheinen ist dringend erforderlich.

Osterohe. 27. Nachm. 2 Uhr, Vers. b. Boythaler, Schleusenstr., Gesch., Beitrags.

Dr.-Pieschen. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Fiedlers Rest.“, Leipzigerstr. 13.

Quedlinburg. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Prinz Heinrich“, Steinweg. Gesch.

Schönwald. 26. Abds. 8 Uhr, Vers. in „Miska's Gasth.“. Beitrags. u. A.

Stolz. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Buggert. Gesch. Beitragszahlung nur in
 der Versammlung von den Mitgliedern selbst.

Striegau. 26. Abds. 8 Uhr, Vers. i. Gasth. „Zum schwarzen Bar“. Versh.

Zerbst. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Vogel im „Rathskeller“. Beitrags. u. A.

December.

Ansbad II (Büttner). 3. Abds. 8 Uhr, Vers. i. Gasth. „Zum goldenen Apfel“.

Augsburg. 4. Vorm. 9 1/2 Uhr, Vers. i. Gasth. „Wiener Hof“, Carmelitenstr. Versh.

Berlin (Königt.). 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Köppenstr. 65. Gesch., Beitrags. u. A.

Berlin (Moabit). 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Wredowstr. 11. Berichte, Beitrags.

Berlin (West). 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Kulmstr. 10, Ecke Ebbensstr. Versh.

Berlin (Nord). 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Brunnenstr. 41. Gesch., Ausschlußwahl.

Biberach. 4. Nachm. 3 Uhr, Vers. i. Gasth. „Zum Schwan“, Berichte, Versh.

Charlottenburg. 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Schillerstr. 26. Gesch., Wahl d. Aussch.

Sottbus. 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. Gasth. „Drei Kronen“, Berlinerpl.

Gleiwitz. 3. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Jochemczyk, Kronprinzenstr. 9. Beitrags.

Görlitz (Goldarb.). 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Restaur. Ubatz“, Bauenerstr. 43.

Hagen. 4. Vorm. 10 Uhr, Vers. b. Möllenberg, Wehringhauserstr. 39. Versh.

Inowrazlaw. 4. Nachm. 5 Uhr, Vers. b. Wittkowski, Friedrichstr. 21/22. Gesch.

Langenbielau. 3. Abds. 8 Uhr, Vers. in „Schön's Gasth.“ Gesch., Beitrags.

L.-Gohltz. 3. Abds. 8 Uhr, Vers. in d. „Weintraube“. Gesch., Ausschlußwahl.

Piegnitz. 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. Gasth. „Zum Kaiserhof“. Ausschlußwahl u. A.

Pöbau. 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Albertgarten“. Gesch., Beitrags., Versh.

Lüdenscheid. 4. Nachm. 5 Uhr, Vers. b. W. Bohls. Geschäftl., Ausschlußwahl.

Pasing. 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. d. „Brauerei Pasing“. Beitrags., Versh.

Nitzdorf. 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Herrmannstr. 190. Gesch., Ausschlußwahl.

Mudostadt. 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Restaur. Danz.“ Beitrags., Ausschlußwahl.

Schmölln. 4. Nachm. 3 Uhr, Vers. b. Grell, Bahnhofstr. Gesch., Ausschlußwahl.

Schweidnitz. 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im Gasth. „Zum blauen Hekt“,
 Breslauersstr. Gesch., Beitragszahl., Neuwahl des Ausschusses.

Siegen. 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Sturm, Marburgerthor 13. Ausschlußwahl.

Verschau. 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. Richters Gasth. „Stadt Berlin“. Ausschlußwahl.

Wittenberg. 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Wildgrube, Juristenstr. Gesch., Versh.

Zweibrücken. 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. d. „Brauerei Ringer“. Ausschlußwahl

Orts- und Medizinalverbände.

Berlin. Gewerkevereinsverkehr Kaiser Wilhelmstr. 32 bei Stahlberg.
 Durchreisende Genossen erhalten freies Nachquartier und Frühstück gegen
 Karten von den Berliner Ortskassieren.

Schwelm. (Ortsverband.) Versammlung Sonntag, 4. Dezember Abds. 6 Uhr
 bei Wwe. Hösterey. Tagesord. daselbst.

Anzeigen.

Mehrere Tischler sind, auf verschied.
 Branchen dauernde u. lohnende Stellung
 in der Pianofortefabrik F. Glaser,
 Wenigenjena (Thür.).

Zwei tüchtige Modelltischler
 finden dauernde und lohnende (Winters)
 Beschäftigung durch A. Piechodi, Modell-
 tischlermeister, Graudenz, Culmerstr. 74.

Der Arbeitsnachweis d. vereingl.
 Ortsv. d. Tischler Berlin I-VI, für
 Jederm. unentgeltl., befindet sich jetzt
 Scharrnstr. 20. pt. Täglich gebff.
 Vorm. von 8-10 Uhr.

Tüchtige Tischler und Drechsler
 finden lohnende und dauernde Beschäftigung
 Näh. bei J. Kruse, Lübeck. Rahlhorst-
 str. 42b.

2 bis 3 Tischler finden dauernde
 Arbeit bei Matth. Czich, Modelltischlerei
 mit Dampftrieb in Schönwald, Kr. Gleiwitz.

Tüchtige Korbmachergefallen
 auf Beschlagene finden bei gutem Lohn
 dauernde Arbeit bei Wilh. Schröder,
 Barmen, Mittelstr. 26.

Tüchtige Kistenschreiner finden
 bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung.
 Auch mehrere tüchtige Maschinen-
 schreiner werden bei gutem Lohn gesucht.
 Näheres durch den Arbeitsnachweis des
 Ortsvereins der Tischler Elberfeld, bei
 Ph. Eichel, Arenbergerstr. 68.

Ein Drechslergehilfe findet
 dauernde Beschäftigung beim Drechsler-
 meister Paul Gillner, Schönwald (Kreis
 Gleiwitz).

Ein Stellmachergefelte erhält so-
 fort dauernde Arbeit beim Stellmacher-
 meister Franz Wiegand, Schönwald
 (Kreis Gleiwitz).

In Langenöls erhalten durchreisende
 Gewerkevereins-Genossen, wenn sie Bauban
 nicht berühren, freie Verpflegung. Zu
 melden b. Genossen Payer, Schwelmer.